



Coronaperspektiven

Die Klima-Performance der G7-Staaten und die Corona-Krise



Wie lassen sich Klimaschutz und Wirtschaft in Einklang bringen?

Jasper Eitze, Maximilian Pretzel

- › Gerade in der Corona-Krise gewinnt die Frage an Bedeutung, wie ökonomische und ökologische Ziele miteinander in Einklang gebracht werden können. Denn der Klimawandel als vor allem langfristige Herausforderung steht im Wettbewerb mit dem kurzfristigen Ziel der wirtschaftlichen Wiederbelebung.
- › Unzureichend ist die in den G7-Staaten übliche Bewertung der eigenen Klima-Performance vorrangig anhand der CO₂-Emissionen. Sie sollten zusammen mit der wirtschaftlichen Entwicklung mit Hilfe einer eigenen Messgröße betrachtet werden.
- › Solange industrielle Prozesse kostenbedingt nicht CO₂-neutral vonstattengehen können, sind Emissionsrückgänge durch sinkende Industrieproduktion in den G7-Staaten dem Klimaschutz abträglich. Da die ökologischen Standards in den G7-Staaten hoch sind, sollte die Produktion industrieller Güter in größerem Umfang weiterhin auch dort erfolgen.
- › Die Veränderungen im Strommix der G7-Staaten unterstreichen die ebenso effektive wie effiziente Steuerungswirkung von CO₂-Preisen. Sie gilt es daher als marktwirtschaftliches Leitinstrument weiter zu stärken.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|-----------------------------------------------------------------------|----|
| Einleitung..... | 2 |
| Was ist unter einer nachhaltigen Klima-Performance zu verstehen?..... | 2 |
| Einflussfaktor Industrieproduktion..... | 7 |
| Einflussfaktor Stromerzeugung..... | 8 |
| Empfehlungen..... | 9 |
| Impressum | 12 |

Einleitung

Die G7-Präsidentschaft der USA 2020 kennt nur ein Thema: die Corona-Krise. Im Vordergrund steht neben der Bekämpfung der Pandemie vor allem die Frage, wie die schwerste Rezession seit den 1930er Jahren schnellstmöglich überwunden und die Wirtschaft wieder in Schwung gebracht werden kann. Dass der Wiederaufbau unter nachhaltigen Vorzeichen geschehen muss, also in einer ausgewogenen Gewichtung ökonomischer, sozialer und ökologischer Kriterien, sollte prinzipiell unstrittig sein, zumal Klimawandel als langfristiges Risiko virulent bleibt, auch wenn er durch die Corona-Krise vorübergehend in den Hintergrund der öffentlichen Debatte tritt. Dennoch lässt sich eine nachhaltige Balance leichter fordern als praktisch umsetzen, vor allem in Krisenzeiten, wenn unterschiedliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Interessen besonders deutlich hervortreten.

Grundsätzlich scheinen die G7-Staaten mit ihrem demokratischen Wettbewerb um die besten politischen Lösungen, mit ihren auf Interessenausgleich ausgerichteten politischen Prozessen, partizipativen Strukturen und freien Medien aber gut aufgestellt, um die verschiedenen Aspekte von Nachhaltigkeit auszubalancieren. Und tatsächlich ist – zumindest in den europäischen G7-Staaten – die Diskussion über eine angemessene Berücksichtigung des Klimaschutzes beim wirtschaftlichen Wiederaufbau in vollem Gange. Darin spiegelt sich die Vermutung wider, dass in der Corona-Krise die CO₂-Emissionen zwar zurückgehen werden und dadurch etwa Deutschland – entgegen allen bisherigen Erwartungen – sein selbst gestecktes 40-Prozent-Reduktionsziel bis Ende 2020 noch erreichen kann, im Zuge der wirtschaftlichen Wiederbelebung aber mit einem deutlichen Wiederanstieg der CO₂-Emissionen zu rechnen ist.

Was ist unter einer nachhaltigen Klima-Performance zu verstehen?

Anhand welcher Größe(n) lässt sich eine nachhaltige Klima-Performance nun angemessen bewerten? Spätestens seit der Agenda 2030 ist klar, dass Nachhaltigkeit mehr als Umwelt- und Klimaschutz meint und eine Berücksichtigung wirtschaftlicher und sozialer Belange erfordert. Um bei der Klima-Performance den ökologischen Aspekt (mindestens!)¹ um die wirtschaftliche Perspektive zu erweitern, bietet sich deshalb eine gemeinsame Betrachtung der CO₂-Emissionen und des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als der gängigen ökonomischen Kennziffer an. Tatsächlich sind Messgrößen wie die CO₂-Intensität (ausgestoßene Menge CO₂ pro US-Dollar des BIP) oder die CO₂-Produktivität (erzeugtes BIP je Tonne CO₂) schon seit längerer Zeit bekannt, finden aber in den klimapolitischen Debatten der westlichen Industriestaaten bislang kaum Beachtung. Entwicklungs- und Schwellenländer hingegen betrachten ihre CO₂-Emissionen ganz selbstverständlich in Abhängigkeit von ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Da sowohl die Agenda 2030 der UN mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen als auch das Pariser Klimaschutzabkommen Entwicklungs-, Schwellen- und Industriestaaten gemein-

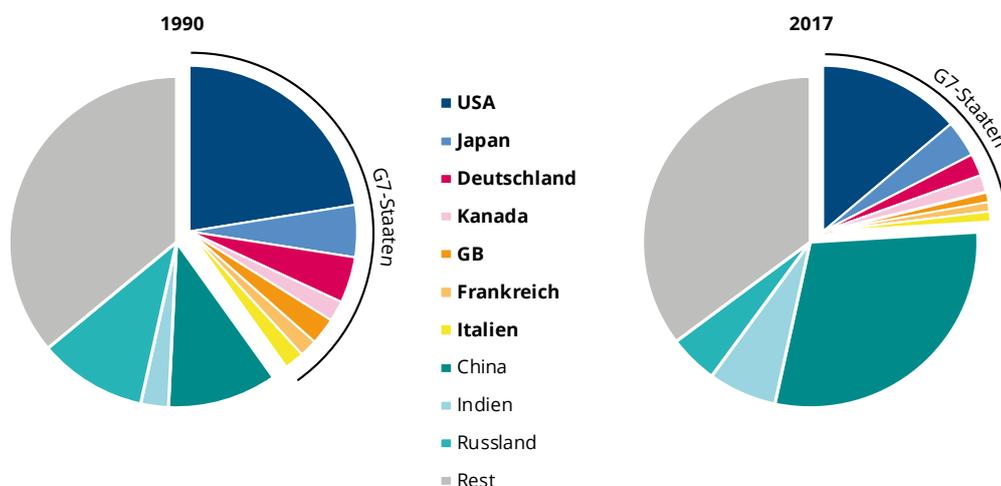
sam in die Pflicht nehmen, gilt es (im Sinne einer ganzheitlichen Bewertung der globalen Klima-Performance), der CO₂-Produktivität als Messgröße mehr Beachtung zu schenken.

Wenn die ganzheitlichere Bewertung der globalen Klima-Performance das erste Argument für die CO₂-Produktivität als Messgröße ist, dann kommt hier ein weiteres: Es ist bekannt, dass die freiwilligen Selbstverpflichtungen und Zielvorgaben der G7-Staaten im Rahmen des Pariser Klimaabkommens höher sind (auf die USA trifft dieser Punkt aufgrund ihres bevorstehenden Ausstiegs aus dem Abkommen mindestens bis zu den Präsidentschaftswahlen am 4. November 2020 nicht zu), um dem Aspekt der Klimagerechtigkeit, also der historischen Verantwortung der westlichen Industriestaaten für den Klimawandel, Rechnung zu tragen. Dadurch stehen die G7-Staaten aber nicht bloß in der Pflicht, bei der Emissionsreduzierung Vorbild zu sein. Als führende Wirtschaftsnationen übernehmen sie vielmehr die Rolle, für alle Länder Entwicklungspfade aufzuzeigen, die Klimaschutz mit wirtschaftlichem Wachstum in Einklang bringen.

Ein Argument für die stärkere Berücksichtigung der CO₂-Produktivität ergibt sich aus der Logik der internationalen Klimapolitik.

Doch wie kann ein westliches Industrieland eine weltweite Vorbildrolle einnehmen, wenn es die eigene Klima-Performance nur anhand seiner absoluten CO₂-Emissionen bewertet und damit wesentliche Aspekte einer nachhaltigen Betrachtungsweise fehlen? Mit Blick auf den Klimawandel zählen zwar einerseits nur die absoluten Emissionswerte. Andererseits greift dieser Ansatz zu kurz hinsichtlich der wirtschaftlichen Aufholjagd der Entwicklungs- und Schwellenländer und des damit einhergehenden stetig sinkenden Anteils der westlichen Industriestaaten am globalen CO₂-Ausstoß. Wie das nachfolgende Diagramm zeigt, beträgt der globale Emissionsanteil der G7 „nur“ noch rund ein Viertel und ist damit in etwa so groß wie der Chinas. Dagegen waren die G7 vor 30 Jahren noch für rund 40 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Somit ist in einer sich besonders auch wirtschaftlich wandelnden Weltordnung zwecks internationaler Vergleichbarkeit nachhaltiger Entwicklung eine ökonomisch-ökologische Bewertungsgröße der Klima-Performance sinnvoll und überfällig.

Abb. 1
Anteil der G7 und weiterer großer Emittenten an den globalen CO₂-Emissionen
in Prozent

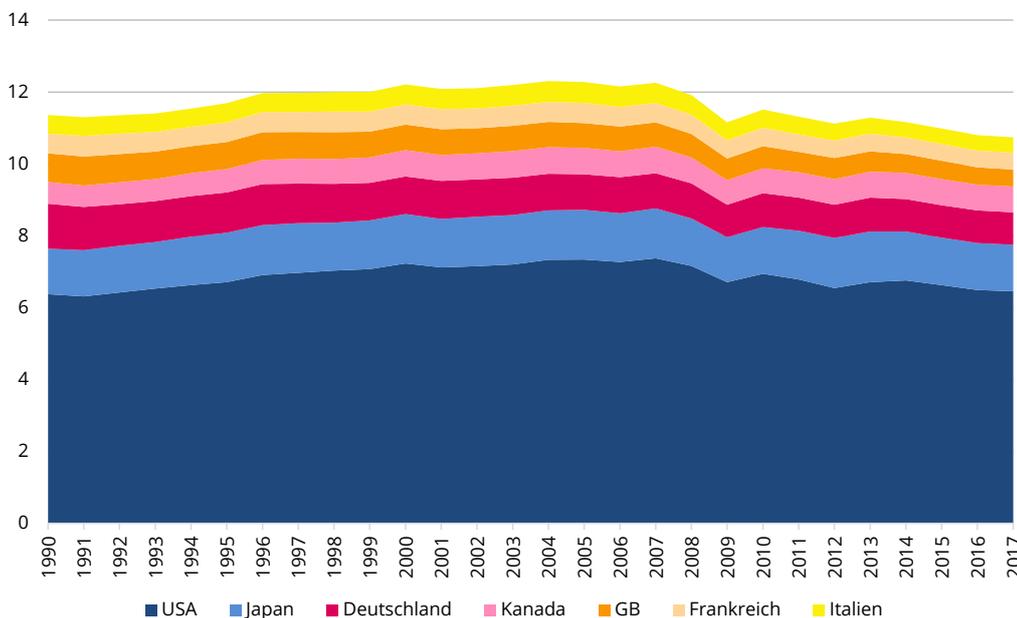


Quelle: Fossil CO₂ emissions of all world countries – 2018 Report
„DOI: 10.2760/30158 (online)“, Publications Office of the European Union
<https://ec.europa.eu/jrc/en/publication/fossil-co2-emissions-all-world-countries-2018-report>
Übernommen aus: https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_countries_by_carbon_dioxide_emissions

Aber noch aus einem anderen Grund sollten die G7-Staaten das Verhältnis von BIP zu CO₂-Emissionen stärker beachten: Die einseitige Fokussierung auf die absoluten CO₂-Werte suggeriert, dass der Ausstoß von Treibhausgasen (THG) in den Industrieländern bereits weitgehend von der wirtschaftlichen Entwicklung entkoppelt wäre. Dass dies nicht der Fall ist, verdeutlicht gerade die Corona-Krise mit ihren wirtschaftlichen Verwerfungen. Da sich der aktuelle Rückgang der CO₂-Emissionen ähnlich gravierend wie der wirtschaftliche Einbruch vollzieht, sieht auch die primär aus nichtstaatlichen Umweltorganisationen bestehende sogenannte Klimaschutz-Community in der aktuellen Krise davon ab, den Rückgang der CO₂-Emissionen als Erfolg zu verbuchen. Weitestgehend ignoriert wurde von ihr allerdings im Falle Deutschlands die unerwartet positive wirtschaftliche Entwicklung in den letzten zehn Jahren, die schließlich zumindest für eine relative Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom CO₂-Ausstoß steht. Stattdessen wurde das sich abzeichnende Verfehlen der nationalen 2020-Klimaziele massiv kritisiert, indem ausschließlich die absoluten CO₂-Emissionen als Kriterium der deutschen Klima-Performance anerkannt wurden. Dabei verdeutlichen die nachfolgenden Grafiken, wie unterschiedlich die Bewertung der Klima-Performance ausfallen kann, wenn wirtschaftliche Faktoren in die Betrachtung einbezogen werden. Die erste Grafik zeigt zunächst den THG-Ausstoß der G7 seit 1990 in absoluten Zahlen.

Die einseitige Fokussierung auf absolute CO₂-Werte suggeriert, dass die westlichen Industrieländer bereits eine weitgehende Entkopplung ihres Treibhausgasausstoßes von der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht hätten.

Abb. 2
Die Treibhausgas-Emissionen der G7
 in Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent

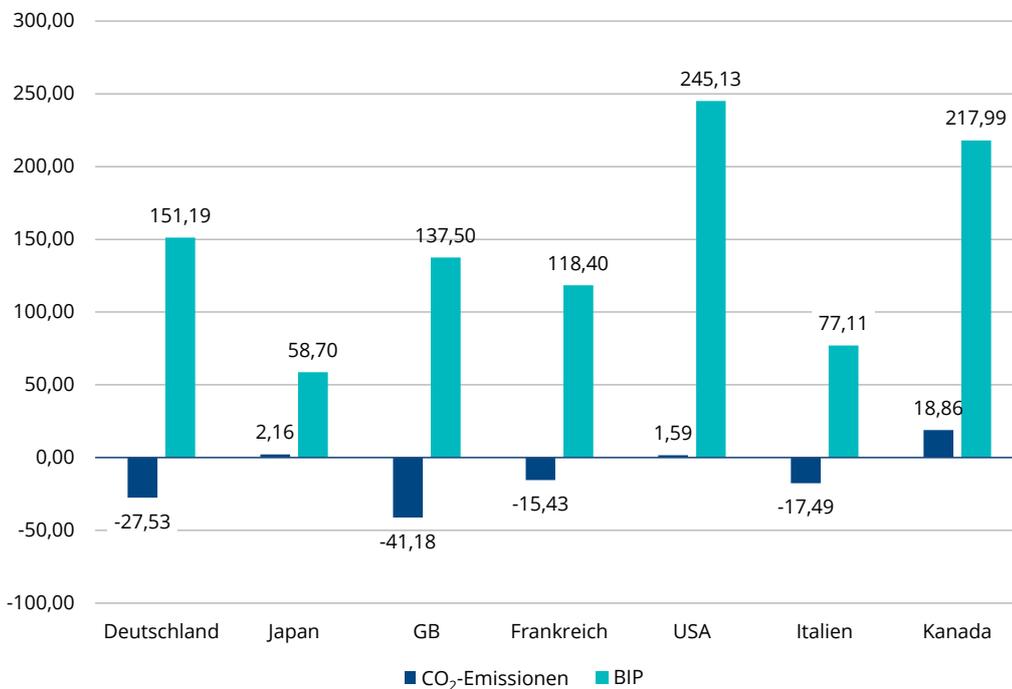


Quelle: OECD 2020
https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=AIR_GHG

Als Block betrachtet haben die G7-Staaten ihre Emissionen in knapp drei Jahrzehnten um gerade einmal etwas mehr als 5 Prozent verringert. Ein genauerer Blick auf die zugrunde liegenden Zahlen zeigt jedoch, dass die europäischen G7-Staaten deutliche Emissionsrückgänge verzeichnen, während sich der THG-Ausstoß Japans, Kanadas und der USA sogar

leicht erhöhte. Unter den europäischen G7-Staaten wiederum verzeichnet Großbritannien den stärksten Rückgang, gefolgt von Deutschland. Der im Gegensatz zu Japan, Kanada und den USA bei den europäischen Staaten zu verzeichnende sichtbare Rückgang der CO₂-Emissionen erklärt größtenteils, warum Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien in Rankings wie dem Climate Change Performance Index von Germanwatch deutlich bessere Plätze belegen als die nichteuropäischen G7-Staaten. Inwiefern verändert sich diese Bewertung nun, wenn die wirtschaftliche Entwicklung mitberücksichtigt wird? Die nachfolgende Grafik stellt die Emissionsentwicklung der G7-Staaten der im selben Zeitraum gewachsenen Wirtschaftsleistung gegenüber.

Abb. 3
Entwicklung BIP gegenüber CO₂-Emissionen 1990–2018
 in Prozent

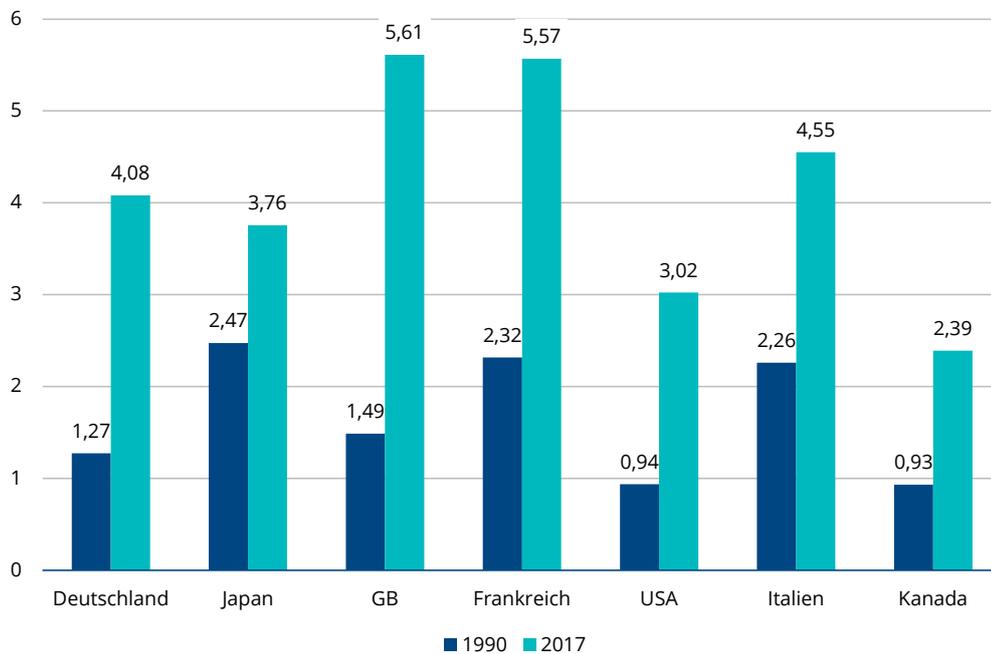


Quellen: BIP: World Bank 2020, <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD>;
 THG: OECD 2020, https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=AIR_GHG

Es fällt auf, dass die USA und Kanada, die für das Jahr 2018 höhere Emissionswerte aufweisen als 1990, auch die mit Abstand höchsten BIP-Zuwächse verzeichnen konnten. Japan konnte in diesem Zeitraum ebenfalls ein nennenswertes BIP-Wachstum erzielen, ohne dabei seinen THG-Ausstoß merklich zu erhöhen. Zwischen 1990 und 2018 ist es somit allen G7-Staaten gelungen, die positive Entwicklung des BIP von der Emissionsentwicklung zu entkoppeln, zumindest relativ betrachtet. Anders ausgedrückt: Der mit jedem erwirtschafteten US-Dollar des BIP einhergehende CO₂-Ausstoß, ist in allen G7-Staaten deutlich zurückgegangen. Die CO₂-Produktivität hat sich somit verbessert, wie die nachfolgende Grafik veranschaulicht.

Seit 1990 hat sich die CO₂-Produktivität aller G7-Staaten deutlich verbessert.

Abb. 4
CO₂-Produktivität gemessen in BIP (in USD)/kg CO₂



Quellen: BIP: World Bank 2020, <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD>;
THG: OECD 2020, https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=AIR_GHG

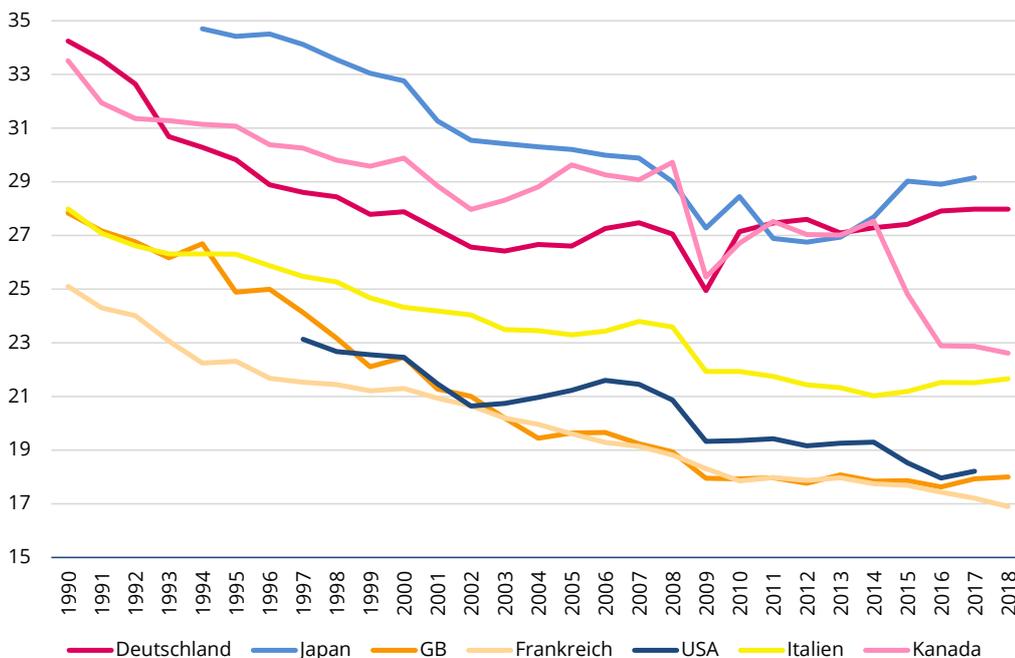
Bei den absoluten CO₂-Produktivitätswerten für 2017 liegen Großbritannien und Frankreich an der Spitze, gefolgt von Italien, Deutschland und Japan. Die USA und Kanada bilden das Schlusslicht. Berechnet man aber die Steigerungsraten der CO₂-Produktivität der einzelnen Staaten von 1990 bis 2017, ergibt sich ein anderes Bild: Zwar steht Großbritannien mit einem Steigerungsfaktor von 3,77 weiterhin an der Spitze. Den zweiten Platz teilen sich nun aber Deutschland und die USA (beide 3,21). Es folgt Kanada (2,57) vor Frankreich (2,4) und Italien (2,01). Das Schlusslicht ist nun Japan (1,52). Insbesondere die USA und Kanada stehen somit deutlich besser da, wenn die Klima-Performance auch anhand der CO₂-Produktivitätssteigerung bewertet wird. Deutschland schneidet hier ebenfalls besser ab, während Frankreichs, Italiens und Japans Klima-Performance ungünstiger erscheint.

Einflussfaktor Industrieproduktion

In Deutschland macht der Industriesektor mehr als ein Viertel der gesamten Wertschöpfung aus und bildet somit eine tragende wirtschaftliche Säule. Jeder dritte Arbeitsplatz hängt direkt oder indirekt von der Industrie ab – mehr als 90 Prozent der Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen entfallen auf sie. Die industrielle Stärke hat Deutschland im Bloomberg Innovation Index jüngst den Rang der innovativsten Nation der Welt eingebracht. Die Industrieproduktion ist aufgrund ihres hohen Energiebedarfs aber auch sehr CO₂-intensiv. Es ist also davon auszugehen, dass sich ein hoher Industrieanteil am BIP im Vergleich zu anderen Wirtschaftssektoren negativ auf die CO₂-Produktivität eines Landes auswirkt. Unter den G7-Staaten hat sich der Industrieanteil am BIP seit 1990 unterschiedlich entwickelt, wie die nachfolgende Grafik zeigt.

Der Industrieanteil am BIP hat Einfluss auf die CO₂-Produktivität.

Abb. 5
Industrieanteil am BIP
 in Prozent



Quellen: World Bank 2020, <https://data.worldbank.org/indicator/NV.IND.TOTL.ZS?>; Kanada: Statistics Canada, Industry total (Durchschnitt aus den 12 Monaten): <https://www150.statcan.gc.ca/t1/tbl1/en/cv.action?pid=3610043401#timeframe>

Die Zahlen belegen: Nur im Falle Deutschlands ist für 2018 ein ähnlich hohes Niveau des Industrieanteils erkennbar wie um die Jahrtausendwende. Dagegen ist dieser in den anderen G7-Staaten im selben Zeitraum deutlich gesunken. Besonders auffällig ist der starke Abfall des Niveaus in Großbritannien, insbesondere seit der Finanzkrise 2008/2009. Es ist davon auszugehen, dass der in allen G7-Staaten seit 1990 gesunkene Industrieanteil eine Reduzierung der CO₂-Emissionen zur Folge hatte, wobei dieser Effekt in Großbritannien deutlich stärker ausgefallen ist als zum Beispiel in Deutschland. Damit erscheint auf den ersten Blick eine Reduzierung der Industrieproduktion in Deutschland nach britischem Vorbild klimapolitisch sinnvoll. Doch das Gegenteil ist der Fall: Wegen der auch künftig

Eine Reduzierung der Industrieproduktion in Deutschland nach britischem Vorbild wäre dem Klimaschutz abträglich.

weltweiten Nachfrage nach Industriegütern würde eine geringere Produktion in Deutschland mit hoher Wahrscheinlichkeit andernorts kompensiert und letztlich nur eine Verlagerung der CO₂-Emissionen bedeuten. Aufgrund der niedrigeren Umweltstandards in den Entwicklungs- und Schwellenländern würde eine Verlagerung global betrachtet sogar zu einer niedrigeren CO₂-Produktivität des Industriesektors führen. Entsprechend ist auch mit Blick auf Großbritannien festzuhalten, dass sich die positive Bewertung der Klima-Performance des Landes auf Basis der Entwicklung der absoluten CO₂-Emissionen bzw. CO₂-Produktivität relativiert, wenn die Entwicklung des Industriesektors einbezogen wird. Diese Feststellung ist insofern von Bedeutung, als Großbritannien unter den Industrienationen regelmäßig als Klimaschutzvorbild dargestellt wird.

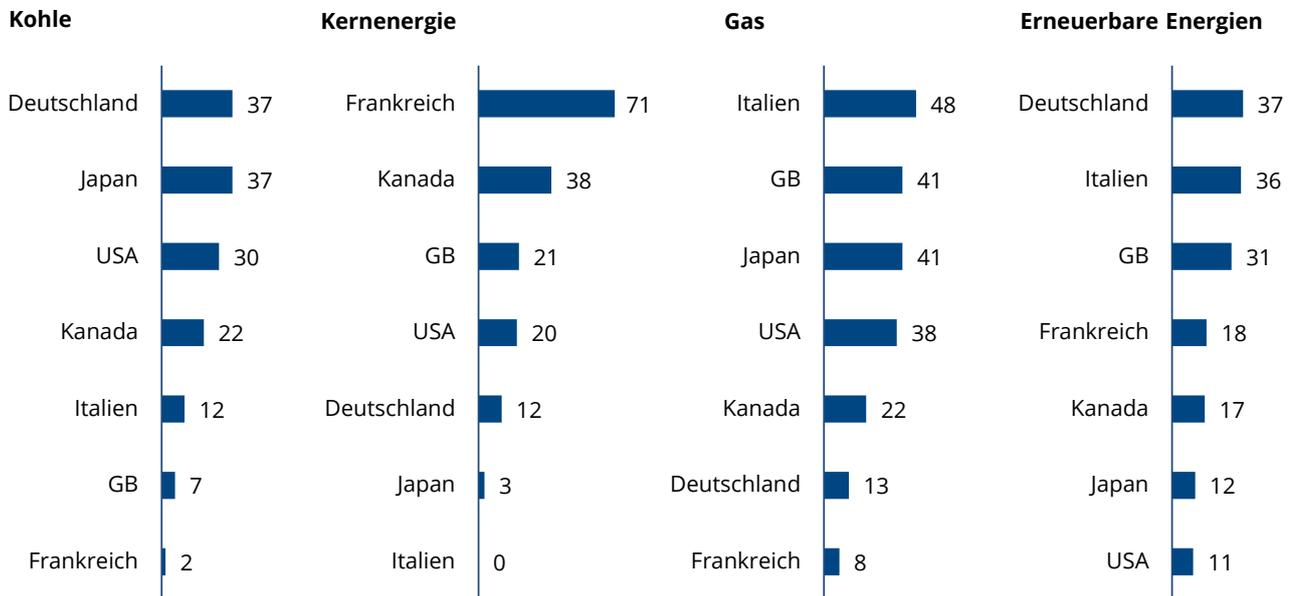
Einflussfaktor Stromerzeugung

Ausgehend von der Erkenntnis, dass ein starker Industriesektor für die G7-Staaten dank ihrer hohen ökologischen Standards ein auch klimapolitisch erstrebenswertes Ziel darstellt, empfiehlt sich ein genauerer Blick auf den Strommix. Denn der Bedarf an CO₂-neutraler Elektrizität wird im Zuge einer forcierten Defossilisierung der Industrieproduktion deutlich steigen, wenn dabei stromintensive Alternativen, insbesondere Wasserstoff, zum Einsatz kommen. Deshalb ist zunächst positiv festzuhalten, dass in allen G7-Staaten die kohlebasierte Stromerzeugung zuletzt stark an Bedeutung verloren hat. So war etwa in Deutschland für den deutlichen Rückgang der CO₂-Emissionen im Jahr 2019 nahezu ausschließlich der Stromsektor verantwortlich. Während Braun- und Steinkohle in der Stromerzeugung um 31 und 22 Prozent zurückgingen, stieg der Anteil erneuerbarer Energien um 5 Prozentpunkte auf knapp 43 Prozent. Hauptursache hierfür war der gestiegene CO₂-Zertifikatspreis im EU-Emissionshandel, von dem neben den erneuerbaren Energien vor allem Gaskraftwerke (plus 11 Prozent Anteil) profitierten. Auch in Großbritannien hatte vor fünf Jahren der Kohlestrom noch einen Anteil von circa einem Drittel, 2019 betrug er nur noch 1 Prozent. Dieser rasante Rückgang resultiert daraus, dass die britische Regierung bereits 2013 einen nationalen CO₂-Mindestpreis eingeführt hatte, der schon 2015 auf rund 20 Euro je Tonne stieg, während der Zertifikatspreis im europäischen Emissionshandel erst Ende 2018 ein ähnliches Preisniveau erreichte. Aber auch in den USA schrumpfte 2019 der Kohleanteil um rund 13 Prozent, weil sich heimisches Schiefergas für die Stromerzeugung als kostengünstiger erwies.

Trotz vergleichbarer Tendenzen bei der Reduzierung des Kohlestromanteils in den G7-Staaten veranschaulicht die untenstehende Grafik, dass sich die Relevanz der Energieträger für die Stromerzeugung der einzelnen Länder weiterhin deutlich unterscheidet. Während Italien bei erneuerbaren Energien sowie Gas vergleichsweise hohe Anteile aufweist, ist die Bedeutung von Kohle- und Atomstrom entsprechend gering. Frankreichs riesiger Atomstromanteil hingegen erlaubt dem Land einen weitgehenden Verzicht auf Gas und Kohle. Über ausgewogenere Strommixe verfügen Großbritannien, die USA und Kanada. Auffällig ist, dass beim Anteil erneuerbarer Energien die europäischen vor den nichteuropäischen Staaten liegen. Beim Anteil des Kohlestroms verhält es sich umgekehrt – mit einer Ausnahme: Deutschland weist nicht nur bei den erneuerbaren Energien, sondern auch beim Kohlestrom die größten Anteile unter den G7-Staaten auf. Der Grund dafür liegt in der starken Stellung der heimisch geförderten Braunkohle als (im Vergleich zu Steinkohle und Gas) importunabhängige, kostengünstige Energiequelle. Kein anderes europäisches G7-Land verfügt über nennenswerte förderfähige Braunkohlevorkommen. Steinkohle hingegen importieren die europäischen G7-Staaten in der Regel aus Kostengründen.

Deutschland weist nicht nur bei den erneuerbaren Energien, sondern auch beim Kohlestrom die größten Anteile unter den G7-Staaten auf.

Abb. 6
Stromerzeugung nach wichtigsten Energiequellen 2018
 in Prozent



Quelle: Umweltbundesamt 2018,
<https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/stromerzeugung-erneuerbar-konventionell#textpart-3>
 EU Kommission 2019: EU energy statistical pocketbook and country datasheets,
<https://ec.europa.eu/energy/en/data-analysis/energy-statistical-pocketbook>;
 BP 2019: BP Statistical Review of World Energy June 2019,
<https://www.bp.com/en/global/corporate/energy-economics/statistical-review-of-world-energy.html>

Empfehlungen

Die Grafiken veranschaulichen, dass Deutschland – wenn die CO₂-Produktivität, der im G7-Vergleich hohe Industrie- wie auch Erneuerbare-Energien-Anteil berücksichtigt werden – mit seiner bisherigen Klima-Performance sowohl für westliche Industriestaaten als auch für Schwellenländer Vorbildcharakter haben kann. Damit dieser gewährleistet bleibt, muss die politische Priorität darin bestehen, a) ein nennenswertes Wirtschaftswachstum bei deutlicher CO₂-Reduzierung zu geringen volkswirtschaftlichen Kosten zu erzielen, b) dafür den Industrieanteil mindestens auf dem aktuellen Niveau zu halten und c) die Rahmenbedingungen für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien so zu gestalten, dass die potenziellen Flächen effizient genutzt werden und die dafür notwendige gesellschaftliche Unterstützung vorhanden ist. Folgende drei Empfehlungen leiten sich daraus ab:

1. CO₂-Produktivität als eine zentrale Bewertungsgröße der Klima-Performance

Gerade vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Wiederbelebung nach der Corona-Krise sollte die CO₂-Produktivität als Bewertungskriterium der Klima-Performance eine zentrale Bedeutung erhalten. Denn weder ein starkes BIP-Wachstum bei gleichzeitig nach oben schnellenden CO₂-Emissionen noch ein Rückgang des THG-Ausstoßes aufgrund einer ausbleibenden wirtschaftlichen Erholung sind wünschenswert. Mit der CO₂-Produktivität erhalten vorrangig klimaschutzorientierte Akteure auf der einen und stärker wirtschaftsorientierte Akteure auf der anderen Seite eine für den konstruktiven Dialog verbindende Bezugsgröße.

Eine ausschließliche Fokussierung auf die CO₂-Produktivität wäre nicht sinnvoll, wohl aber eine selbstverständliche Berücksichtigung.

Gleichwohl ist zu erwarten, dass die Forderung einer stärkeren Berücksichtigung der CO₂-Produktivität auf Widerspruch stoßen wird. Dies ist insofern nachvollziehbar, als der Fokus auf die CO₂-Produktivität einigen Staaten eine positivere Klima-Performance als bisher attestieren würde. Ein solcher Fall wären zweifelsohne die USA, in denen – insbesondere aufgrund der klimapolitischen Haltung der Trump-Administration – viele Beobachter ein Paradebeispiel mangelhafter Klima-Performance sehen. In der Tat lässt sich mit einem entsprechend hohen BIP-Wachstum auch dann eine passable CO₂-Produktivität erzielen, wenn bei der Emissionseinsparung kein nennenswerter Fortschritt zu verzeichnen ist.

Deshalb wäre eine ausschließliche Fokussierung auf die CO₂-Produktivität auch wenig sinnvoll, vor dem Hintergrund der bereits genannten Argumente wohl aber eine selbstverständliche Berücksichtigung dieser Bewertungsgröße. Wenn hier ein Umdenken in den G7-Staaten gelänge, ließen sich zudem vermeintliche oder tatsächliche Zielkonflikte zwischen Klimaschutz und Wirtschaftswachstum besser adressieren. Klimaschutzdebatten würden einen realistischeren, konstruktiveren Bezugsrahmen erhalten und dadurch letztlich zu mehr globalem Klimaschutz führen, als dies bisher der Fall war.

2. Bei der Klima-Performance den Industriesektor im Blick behalten

Aufgrund ihrer systemrelevanten volkswirtschaftlichen Bedeutung wird die Industrie im Zuge der wirtschaftlichen Wiederbelebung zur Überwindung der Corona-Krise im Fokus der Politik stehen. Da die weltweite Nachfrage nach Industrieprodukten in den nächsten Jahrzehnten fortbestehen wird, müssen die G7-Staaten dem für klimaverträgliche Produktionsprozesse enormen Investitionsbedarf Rechnung tragen, um eine rein kostenbedingte Verlagerung der Produktion in Schwellen- und Entwicklungsländer mit niedrigeren Umweltstandards zu verhindern. Berechnungen gehen allein für Deutschland von Investitionen von bis zu 230 Milliarden Euro aus, um auch für den Industriesektor das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 erreichen zu können.

Dabei scheint es in der energieintensiven Industrie grundsätzlich eine klare Bereitschaft zur Umstellung auf klimaneutrale Produktionsprozesse zu geben. Für diese Umstellung werden riesige Mengen preisgünstiger erneuerbarer Energie (vorrangig Strom) benötigt. Im Falle Deutschlands würde Klimaneutralität bis 2050 allein für die Chemiebranche bedeuten, dass der Strombedarf ab Mitte der 2030er Jahre rasant ansteigen und mit 628 Terawattstunden schließlich das Niveau der heutigen Gesamt-Stromproduktion erreichen würde. Mit seinem (im G7-Vergleich) Spitzenanteil an erneuerbaren Energien in der Stromproduktion und nationalen Ausbauzielen befindet sich Deutschland grundsätzlich auf einem guten Weg, die Defossilisierung seiner Industrie in den nächsten Jahrzehnten zu erreichen.

3. CO₂-Bepreisung als Leitinstrument weiter stärken

Das hier gezogene, überwiegend positive Fazit mit Blick auf die Klima-Performance Deutschlands ist indes kein Grund, in den Klimaschutzbemühungen nachzulassen. Vielmehr ist Deutschland gefordert, mit deutlich weniger energie- und klimapolitischer Detailregulierung (siehe beispielsweise das Erneuerbare-Energien-Gesetz mit seinen zahlreichen Fördertatbeständen) und den daraus resultierenden volkswirtschaftlichen Kosten deutlich mehr Klimaschutz als bislang zu erreichen. Der beschlossene nationale Emissionshandel in Ergänzung zum europäischen ist hierbei ein wichtiges Element, an dem gerade auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten festgehalten werden sollte. Nur so lässt sich das für die Klimaschutzwirkung notwendige Vertrauen in dieses marktwirtschaftliche Instrument sichern. Denn die hohen Summen staatlicher Gelder für die wirtschaftliche Wiederbelebung werden nur dann im Sinne des Klimaschutzes zu längerfristig erfolgversprechenden Investitionen führen, wenn ein klares, möglichst technologieneutrales CO₂-Preissignal dafür die entsprechenden Anreize setzt (siehe Rückgang des Kohlestromanteils).

In den G7-Staaten besteht ein enormer Investitionsbedarf für die Umstellung auf eine klimaverträgliche Industrieproduktion.

An dem beschlossenen nationalen Emissionshandel für Deutschland sollte gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten festgehalten werden.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Notwendigkeit einer CO₂-Bepreisung in Kombination mit den grundsätzlichen Vorzügen eines Zertifikatehandels (mengengesteuerte Zielgenauigkeit, Kosteneffizienz und Technologieoffenheit) als klimapolitisches Leitinstrument erwiesen. Vorausgesetzt, dass der Zertifikatspreis im Emissionshandel nicht aufgrund wenig ambitionierter EU-Klimaziele dauerhaft zu niedrig ausfällt, ist davon auszugehen, dass sich die Klima-Performance der europäischen G7-Staaten (inklusive Großbritannien, das an einer weiteren Teilnahme am europäischen Emissionshandel interessiert ist) in den kommenden Jahren verbessern wird. Dieser Effekt dürfte für Deutschland mit seinem aktuell vergleichsweise großen Kohlestromanteil besonders stark ausfallen.

1 Die soziale Facette bleibt an dieser Stelle ausgeklammert, um die Komplexität einzugrenzen.

Impressum

Die Autoren

Jasper Eitze ist zuständig für das Themenfeld Energie und Ressourcen in der Abteilung Agenda 2030 der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Maximilian Pretzel ist wissenschaftliche Hilfskraft in der Abteilung Agenda 2030 der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Jasper Eitze

Energie und Ressourcen
Abteilung Agenda 2030
Hauptabteilung Analyse und Beratung
T: +49 30 / 26 996-3635
jasper.eitze@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020, Berlin
Gestaltung: yellow too Pasiek Horntrich GbR
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ISBN 978-3-95721-687-8



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Bildvermerk Titelseite
© jozsitoeroe, stock.adobe.com